

Jetzt der Banken- und dann der Börsencrash – was kommt nach dem Kapitalismus?

Die Finanzmärkte müssen künftig in Richtung eines fairen und transparenten Wettbewerbs durch weltweite Aufsicht reguliert werden, fordert Professor Gerhard Wegner

Von Gerhard Wegner

Es ist gerade mal vier Wochen her, dass auf einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion in der Frankfurter Börse auf die Frage, worin denn die soziale Verantwortung eines Unternehmens bestünde, unter Beifall geantwortet wurde: In der Maximierung seiner Rendite – worin denn sonst? Und dass eben aus diesem Grund – um der geringeren Steuern wegen – der Sitz dieser Börse von Frankfurt nach Eschborn verlegt werden musste. Das hätte so sein müssen. Und was soziale Gerechtigkeit ist, das sei ja bekanntlich ohnehin nicht zu beantworten. Auf die penetranten Fragen der Moderatorin nach den Schwächen des gegenwärtigen Finanzsystems gab es nur Abwiegelei. Ein paar kleinere Probleme in den USA, ja – aber nichts wirklich Bedrohliches.

Heute würden sich wohl nur die ganz Coolen trauen, solche Äußerungen zu machen. Fast über Nacht ist das weltweite System der Rendite-Maximierung kollabiert. Mittlerweile hat die Krise auch mit aller Gewalt Deutschland erfasst, so dass sich die Bundesregierung gar gezwungen sah, für die Giro- und Sparkonten der Bürger in Höhe von sage und schrei-

be eine Billion Euro zu bürgen. Andere Länder unternehmen ähnliches. Nicht die vereinigten Proletarier aller Länder tragen den Kapitalismus zu Grabe: anscheinend begeht er gerade Selbstmord, indem er sich dem Staat ausliefert. Jedenfalls ist es mit der rasanten ungehemmten Bereicherung der letzten Jahre erst einmal vorbei. So sieht es jedenfalls aus. Aber dennoch sollten wir uns nicht täuschen: Dieses System ist noch lange nicht am Ende. Krisen sind – auch wenn das immer wieder verdrängt wird – im Kapitalismus etwas völlig Normales. Dass es über längere Zeit stabil aufwärts geht, ist eigentlich die Ausnahme.

Was ist geschehen? Eigentlich etwas für den Kapitalismus ebenso Normales: Die Gier der Menschen wurde in einem Ausmaß freigesetzt, wie dies noch vor 20 Jahren undenkbar war. Und es geschah auf allen Ebenen. Da waren die amerikanischen Hausbesitzer, die sich gerne etwas größeres und schönes kaufen wollten – aber es sich eigentlich gar nicht leisten konnten. Kein Problem sagten die Finanziere: Wir geben Ihnen Geld als Wette auf die Wertsteigerung ihres Hauses. So schien es zu gehen und es wurde verdient. Dann wurden diese Kredite gut gemischt

und weiterverkauft – in noch größerem Stil konnte nun auf Wertsteigerungen gewettet und damit wiederum sehr gut verdient werden. Die Risiken waren bald nicht mehr erkennbar – aber sie verteilten sich nun über den ganzen Globus. Reich zu werden war kein Problem. Man musste nur ein neues Finanzierungsprodukt erfinden und damit als erster am Markt sein. Beim näheren Hinsehen ge-

„Während die horrenden Gewinne privat kassiert wurden, müssen nun für die Verluste die Steuerzahler aufkommen. Das Ganze klingt nicht nur absurd – es ist es auch.“

winnt man den Eindruck, dass das Ganze wie ein Kettenbrief funktionierte. Und so wie dort auch musste es irgendwann abrupt zusammenbrechen, als an der einen oder anderen Stelle die Zirkulation abbrach und dann doch das Geld fehlte. In perverser Verdrehung der biblischen Verheißung des „Sorget nicht!“ wurde hier von allen Beteiligten nie weiter als an den heutigen Tag gedacht und an die Schäfchen, die man schon im Trockenen hatte.

Erkennbar wurde nun, wie sehr das ganze einem virtuellen Spiel gleicht: Alles beruht auf dem Versprechen der Zahlungsfähigkeit – und sobald dieses Versprechen nicht mehr gehalten werden kann, bricht das Vertrauen weg und das System zerstört sich selbst. Womit gehandelt wird, ist die Validität von solchen Versprechen – mehr ist es nicht. In der Wirtschaft selbst traut nun keiner dem anderen mehr über den Weg. Das, wofür der Kapitalismus berühmt ist, seine enorme Kraft zur Selbstorganisation entlang des Marktes, würde nun – ließe man ihr freien Lauf – direkt in die Katastrophe führen: Viele Fonds und Banken würden bankrott gehen, mit ihnen wären die Einlagen der Kunden pfutsch. Überleben würden nur die Stärksten – von denen dann nach der „Bereinigung des Marktes“ ein neuer Aufschwung ausgehen könnte. Der Kapitalismus würde mit neuer Kraft seinen Siegeszug fortsetzen – die Profite stabilisierten sich wieder. Nur dass dann Massenarbeitslosigkeit und Armut endgültig endemisch geworden wären.

Die Opfer auf dem Altar der Rendite häuften sich weiter an. Da aber das nun kaum jemand ernsthaft wollen darf, ruft das Kapital nach einer

Art des „negativen Sozialismus“: Während die horrenden Gewinne der letzten Jahre privat kassiert wurden, müssen nun für die Verluste die Steuerzahler aufkommen. Nun kann es nur noch darum gehen, an der einen oder anderen Stelle Dämme gegen das Chaos zu errichten. Aber das funktioniert nur von außerhalb: Allein der Staat kann durch Bürgschaften, Verstaatlichungen und Auflagen aller Art zu retten versuchen, was noch zu retten ist.

Das ganze klingt nicht nur absurd – es ist es auch. Schon deswegen, weil niemand für dies alles richtig haftbar gemacht werden kann. Natürlich kann man den Managern Fehleinschätzungen vorwerfen; aber sie haben sich auf die Ratings verlassen, die sich wiederum auf die Auskünfte der Manager beriefen. Die gesetzlichen Regelungen ließen all das zu, was geschah. Ja, nicht nur das: Gerade in Deutschland sind sie zu Zeiten der rotgrünen Regierung so geändert worden, dass all dies erst möglich wurde – in der Angst, unser Land würde sich vom internationalen Kapitalzufluss abschotten.

Wohin wird die Reise nun gehen? Kommt etwas ganz anderes? Irgend-

eine neue Form des Sozialismus gar? Täuschen wir uns nicht: Totgesagte leben bekanntlich länger. Nach dem Kapitalismus ist vor dem Kapitalismus. Denn trotz aller gewaltigen Probleme, ja offensichtlichen Absurditäten, gibt es zu ihm keine wirkliche Alternative. Niemand liebt dieses System wirklich, aber auf seine im historischen Vergleich enorme Leistungsfähigkeit wird auch kaum jemand verzichten wollen. Und das wäre auch ethisch nicht richtig, denn die Armen im Kapitalismus sind bisher immer noch viel reicher als die Armen anderswo. Es gibt gute Gründe zu behaupten, dass dort wo übermäßige Armut herrscht, zu wenig Kapitalismus grassiert. Die Frage ist nur: welcher?

Denn einfach so weitermachen wie bisher geht natürlich auch nicht. Nicht die Frage nach einer grundsätzlichen Systemalternative sondern nach einem aufgeklärten und sozialverträglichen, also verantwortlichen Kapitalismus gehört auf die Tagesordnung. Und sie kann nur durch ein entschlossenes politisches Handeln, das der Marktwirtschaft, insbesondere den Finanzmärkten, neue Regeln setzt, gelöst werden. In dieser Hinsicht könnte die Krise geradezu eine Chance sein, endlich

weltweit die Dynamik des Kapitalismus einzuhegen und in nachhaltige Bahnen zu lenken. Allein mit den Reden von Freiheit und Verantwortung ist es allerdings nicht getan. Es braucht nicht neue Reden sondern neue Spielregeln.

„Nicht die Frage nach einer grundsätzlichen Systemalternative sondern nach einem aufgeklärten und sozialverträglichen Kapitalismus gehört auf die Tagesordnung.“

Wohin die politische Gestaltung der Wirtschaft zielen muss hat die Denkschrift der EKD: „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ für die Kapitalmärkte beschrieben. Deutlich benannt werden die gewaltigen Risiken, die durch ein nur auf kurzfristige Effekte abgestelltes unternehmerisches Handeln entstehen. Der Turbo-Kapitalismus ist zerstörerisch. Im Blick auf die Krise in den USA heißt es: „Dieses vorwiegend an kurzfristiger Renditemaximierung orientierte Verhalten der Marktteilnehmer widerspricht deutlich dem Prinzip nachhaltigen unternehmerischen

Handelns. Banken haben sich dadurch aus ihrer Verantwortung gegenüber Einlegern und Kreditnehmern sowie aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems gelöst.“

Deswegen braucht es zunächst vor allem weitaus mehr Transparenz über die Risiken, die weltweit eingegangen werden. Entsprechende Informationen müssen dringend offen gelegt werden. Dies gilt vor allem für die Hedgefonds, die zu 55 Prozent nach wie vor in Offshore-Staaten registriert sind. Aber auch die Banken, die die Fonds finanzieren und Risiken an sie verkaufen, müssen dies klar legen. Dazu braucht es einer erheblich verbesserten Aufsicht über Banken, Wertpapierformen und Versicherungen. Ein sinnvolles Instrument wäre eine weltweite Regelung über die Eigenkapitalvorhaltung, wie es sie nach Basel II in Europa bereits gibt. Zudem müssen sich die Fonds Verhaltenskodexe geben bzw. zu ihrer Vereinbarung genötigt werden. Beim Eingehen übermäßiger Risiken müssten Sanktionen greifen. Die Finanzmärkte bleiben für die weitere Entwicklung des Wohlstandes von entscheidender Bedeutung, aber sie müssen in Richtung eines fairen und transparenten

Wettbewerbs durch weltweite Aufsicht reguliert werden.

Es kann nicht um eine Zerstörung der kapitalistischen Dynamik gehen – aber es muss um ihre Kanalisierung und Zivilisierung und d.h. ihre Ausrichtung auf Nachhaltigkeit gehen. Wo 25 Prozent Rendite lediglich ein unteres Maß angeben, dass noch übertroffen werden muss, will man nicht vom Konkurrenten übernommen werden, sind alle Maßstäbe der Verantwortung außer Kraft gesetzt. Das ist das, was wir gerade erleben: Unternehmer werden zu Getriebenen. Dagegen braucht es dringend ein neues – aber eigentlich ganz altes – Leitbild verantwortlichen unternehmerischen Handelns. Nur so kann sich wieder Vertrauen bilden. Und davon hängt fast alles ab.

S4107b

Professor Dr. Gerhard Wegner ist Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD